

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Illustriert in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Hömberg, Elsenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanschluß Nr. 24.

Nr. 139.

Druck und Verlag:
Buchdr. Gebr. Müller, Nassau (Lahn).

Dienstag, 30. November 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

43. Jahrg.

Der Reichstag.

Berlin, 24. Nov.

Der Präsident eröffnete die Sitzung mit 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrages. Zum Kapitel „Kosten für den hohen Ausschuss“, das 20 Millionen Mark vorsieht, beantragt der Ausschuss Erhöhung auf 40 Millionen Mark.

Hg. Weis (Soz.): Eine Revision des Friedensvertrages ist nur dann zu erwarten, wenn wir die Entlassung vornehmen und Schadenersatz leisten. Wenn jetzt von französischer Seite Vorschläge ausstehen, daß wir an die Stelle der finanziellen Leistungen solche in Naturalien und Industrierzeugnissen treten lassen, so sollte dieser Vorschlag an den Ausschuss nicht scheitern.

Reichsminister Dr. Simon stellt richtig, er habe in Köln nicht gesagt, daß die Entente die versprochenen Vorschläge ablehnt.

Hg. Schreiber (Zentr.) bedauert, daß eine Nachprüfung der Kosten für die Befassung unmöglich ist. Er reit die Bildung eines parlamentarischen Ausschusses an, der sich mit den Verhandlungen im besetzten Gebiet beschäftigt, sowie die Schaffung einer Stelle, der die Kontrolle über alle Beschaffungen des Reiches zugehen.

Hg. Dr. Reichert (Nat. Sp.) spricht den Stammesgenossen im Rheinland, die so tapfer an deutscher Front gekämpft, seine Dankbarkeit aus. Deutschland ist ein Schuldner geworden. Wenn es so weitergeht, wird es ein Völkerwolf. Der Friedensvertrag lastet schwer auf uns. Solange die Revision nicht erfolgt ist, können wir an einen Völkerwolf nicht denken.

Hg. Japp (D. Sp.) schildert die Schwierigkeiten der Unterbringung der Besatzungstruppen. Das verleierte und verarmte Deutschland steht vor einer finanziellen Unmöglichkeit. Die Lage trägt das Stigma der Hoffnungslosigkeit.

Hg. Breitscheid (U. S.): Die Hauptlastträger des Krieges und des Friedensvertrages sind die arbeitenden Klassen. Aber unsere Lage ist eine Folge der Politik der Kriegsverbrecher. Die Schuldigen von gestern, von Dreyfus und von Dreyfus spielen sich heute als die Moralhelden auf. Deutschland würde viel mehr vom Ausland verstanden werden, wenn die Helfershelfer schweigen würden. Wir halten es nicht für richtig, bei jeder Gelegenheit nach der Revision zu schreien. Die von uns geforderten Kosten sind allerdings unerträglich. Die Stimmen der Verführung in Frankreich mehren sich. Um jedes Umherirren im Dunkel zu vermeiden, wäre das Festlegen einer bestimmten Summe für die Wiedergutmachung und die Aufstellung eines festen Planes für Genuß das Beste.

Hg. Krell (Dem.) bespricht die Wirkung der Ministerien in der ausländischen Presse. Wenn Herr Breitscheid hier, wo es sich um die Not der Rheinländer handelt, die Schuldfrage aufwirft, so wird dadurch nichts geholfen. Die 15½ Milliarden, die für die Besatzungsarmeen in den Etat eingestellt sind, scheinen mir nicht auszureichen. Daß im Oberrheinlicher Fall Säbne getan worden ist, erkenne ich an, daß aber der Mörder nicht ausfindig gemacht worden ist, bedaure ich. Der Redner schließt mit einem Protest gegen Versailles.

Hg. Fries (U. S. links): Den Krieg hat die internationale Arbeiterschaft verloren, deshalb trägt sie allein die Kosten. Die Klagen der rheinischen Bürgerkinder erscheinen übertrieben, sonst würden sie es nicht vorziehen, englische Offiziere in ihre Wohnungen aufzunehmen, statt deutsche Arbeiter und Angestellte. Uns hilft nur der internationale Zusammenschluß auf kommunistischer Grundlage.

Damit schließt die Aussprache. Es folgt die Einzeldebatte. Die Erhöhung der Kosten für den hohen Ausschuss auf 40 Millionen Mark wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Der Rest des Etats wird sodann ohne weitere weitere Debatte genehmigt.

Donnerstag mit 1 Uhr Interpellation Trimborn (Ztr.) wegen Verleumdung der rheinischen Bevölkerung durch den Regierungsvertreter von Hattenhausen. Geht über Überschüssen. — Schluß 6½ Uhr.

Stimmen der Vernunft.

Auch in England mehren sich die Stimmen, die die Revision des Vertrages von Versailles befürworten, und wenn es auch nicht gerade die Mehrheit auf Deutschland ist, so ist es doch die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Vertrag, die immer weiter um sich greift. So hielt vor wenigen Tagen die Union für demokratische Kontrolle eine Versammlung ab, in der die Ergebnisse des Vertrages und die Politik der britischen Regierung im allgemeinen einer scharfen Prüfung unterworfen wurden. Die Teilnehmer an dieser Versammlung waren: Lord Curzon, Lord Balfour, Lord Grey, Lord Lansdowne und der erste Lord der Admiralität, Lord Jellicoe, sowie der erste Lord der Flotte, Lord Jellicoe. Die Versammlung hat während des ganzen Abends eine politische Gruppe für die Kontrolle der Politik der britischen Regierung gebildet. Sie hat die Politik der britischen Regierung in der Vergangenheit und in der Zukunft kritisiert. Sie hat die Politik der britischen Regierung in der Vergangenheit und in der Zukunft kritisiert. Sie hat die Politik der britischen Regierung in der Vergangenheit und in der Zukunft kritisiert.

an die Zukunft gegenüber den arbeitenden Massen des englischen Volkes, an die Politik in Indien und Argentinien. Alle diese Verprechungen seien heute noch nicht im geringsten eingelöst und während die englische Regierung die Toten nicht genug ehren könne, sei sie gegenüber den Lebenden vollkommen schuldig. Sowohl der Vertrag von Versailles, wie auch der Vertrag mit der Türkei seien repressiv, denn es könne durchaus nicht unter das Recht der Selbstbestimmung fallen, wenn ein großer Teil der türkischen Untertanen den Griechen ausgeliefert worden seien, wenn Anatolien in Einflussbereich Italiens und der Türkei aufgeteilt werden sei, und wenn das englische Militär in Irland nicht besser habe, als es das deutsche in Belgien und Frankreich getan habe.

Die Not der Wiener.

Außerhalb Wiens macht man sich von der Not in der ehemals so frohen Kaiserstadt an der Donau kaum einen Begriff. Ein Arbeiter stellt nun zusammen, was die Wiener zu essen bekommen. Der Wiener bekommt an Fett wöchentlich 120 Gramm, auf den Tag 17 Gramm, in Gestalt von zartem, zum Genuß völlig ungeeignetem Del. Die Wochenmenge Fleisch ist 100 Gramm, täglich also 14 Gramm. Alle paar Wochen fällt die Fleischausgabe aus, manchmal auch zweimal nacheinander. Daß mehr Haut und Knochen als schieres Fleisch verteilt wird, liegt klar zu Tage. Auf dem Papier werden wöchentlich 375 Gramm Mehl (täglich 53 Gramm) verteilt; in Wirklichkeit sind es aber nur 18 Gramm Mehl, der Rest besteht aus ungenießbaren Getreidekörnern, die für die Wiener fast ungenießbar sind. Die tägliche Brotmenge soll 180 Gramm betragen, Mehl aber meistens darunter; das Brot ist bis zu 40 Prozent mit Maismehl vermischt, besteht aus etwa einem Drittel Wasser und schmeckt abscheulich. Auch Kartoffeln bekommen die Wiener, auf dem Wiener 500 Gramm in der Woche (wohlgemerkt in der Woche). Aber die Zubereitung selbst dieser ungenießbaren Kartoffelmengen geht ungemein schief vor sich. Kartoffellose Wochen, ja halbe Monate ohne Kartoffeln sind keine Seltenheit. Jeder bekommt der Wiener etwa so viel wie der Reichsdeutsche, nur mit dem Unterschied, daß die Angustierten nicht in den ersten Augusttagen erst Ende November, also mit einer Verspätung von einem Vierteljahr beliefert werden. Und selbst das Mehl, das noch getragen — die Gemütskräfte hatte es jetzt in den 21 Bezirken von Wien ihre Hauptdomäne! — wenn die Leute das Geld zum Einkauf der Waren hätten. 1 Kilogramm Weizenmehl ist von 60 Heller auf ebenfalls 100 Kronen gestiegen, der Laib Brot von 40 Heller auf 20 Kronen, das Kilogramm Kartoffeln von 16 Heller auf 10 Kronen, das Pfund Fleisch von 60 Heller auf 120 Kronen, der Zucker von 54 Heller auf 180 Kronen. Wie soll da beispielsweise ein Volksschullehrer mit 3000 Kronen Jahresgehalt sich selbst, seine Familie kleiden und ernähren?

Können wir uns selbst ernähren?

Es wird in jüngster Zeit geltend gemacht, Deutschland könne sich nicht selbst ernähren, daß es fast wundern nimmt, auch einmal die gegenteilige Ansicht zu vernehmen, wie sie H. H. Cassel in der „Münchener Reichsanzeiger“ vertritt. Die Grundgedanken seines Aufsatzes „Kann Deutschland sich selbst ernähren?“ wollen wir hier wiedergeben: Deutschland kann um so mehr Menschen ernähren, je höher sein Anbau an Bodenerzeugnissen mit hohem Nährwert — Getreiden, Raps, Kartoffeln, Getreide — und je geringer sein Anbau an Futterpflanzen ist, ferner je zweckmäßiger veredelt wird. Bei „Veredelung“ zu ausgereiftem Mehl verbleibt des anfallenden Getreides nur ein Drittel Futterpflanzen nur einen halben Menschen. Das ist nur ein Bruchteil der Nahrungserzeugung eines hektar Zuckerrüben und ein Zehntel der Leistung eines hektar Getreides. Der Verfasser meint weiter, Deutschland könne trotz seiner um 15 Prozent geringeren nützlichen Bodenschätze heute noch 95 Millionen Menschen ernähren. Er stellt folgende Rechnung auf: Vor dem Kriege waren zum Futterbau etwa 13½ Millionen Hektar verwendet, auf denen 24,3 Millionen Tonnen Getreide-Rohstoffe gewonnen wurden. Jetzt sind es noch 12½ Millionen Hektar. Bei Veredelung nur zu Mehl, Raps und Rapsfleisch werden 2 Menschen auf den Hektar ernährt, zusammen 25 Millionen Köpfe. Wird die Hälfte dieser Fläche zum Bau von Getreide, Zuckerrüben, Kartoffeln, Obst und Gemüse, dann werden statt höchstens 2 im Durchschnitt 7 Menschen auf den Hektar unterhalten, auf diesen 6 Millionen also allein schon 42 Millionen Menschen. Dann kann der deutsche Boden binnen weniger Jahre 125 Millionen Menschen ernähren. Sollte man auch die restlichen 6 Millionen Hektar, die jetzt zum Futterbau dienen, in gleicher Weise bewirtschaften und auf Mehl und Raps umlegen (bei gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen nur beschränkt möglich), dann könnte Deutschland weitere 30 Millionen, zusammen 155 Millionen Einwohner ernähren. Und ersetzt man die Pferde durch unbeladene Motoren, dann sind es weitere 7 Millionen, also 162 Millionen Menschen. Dazu kommt noch die durch

bessere Technik mögliche Erzeugungsförderung. Weizen bringt heute nur 1,98 Tonnen auf den Hektar durchschnittlich; das ist möglich. Läßt sich Brotgetreide zur selben Ertragsfähigkeit steigern wie Zuckerrüben, dann wird das Stückchen Land, das Deutschland besitzt, 400 bis 600 Millionen Menschen ernähren können. Cassel schließt mit den Worten: „Das ist Theorie, wird man einwerfen. Ja. Aber wenn heute eine Riesenfäule vernichtend über unser Wirtschaftsleben und die diesjährige Ernte ergreife und sie verwenden würde in der hier ausgeführten Weise und der Menschen Kurzschichtigkeit und Eigennutz beiseite schob, dann würde die „Theorie“ mit einem Schlag Wirklichkeit. Und das deutsche Volk wäre heraus aus seiner ganzen materiellen Not. Es bedürfte nicht einmal einer Riesenfäule. Nur das Erkennen der Wahrheit. Dann werden gesunder Menschenverstand und Rechtschleissinn den Weg ins Freie finden.“

Spiel und Sport.

Ein neues Wettgesetz. Wegen des Wetten über ausländische Rennen, wie es jetzt neuerdings wieder bei französischen Rennen einen großen Umfang angenommen hat, sollen energische Schritte unternommen werden. Als Gesetz wird von der obersten Behörde vorgeschlagen: „Der Abschluß von Wetten über ausländische Pferderennen ist verboten“. D. h., es sollen nicht nur die sogenannten Buchmacher, sondern auch die Wettler bestraft werden. Ferner soll die Veröffentlichung von Stimmungsberichten und die Vorauslagen (die Angabe sogenannter Tipps) über ausländische Rennen durch Anzeigen oder in irgend welcher anderen Form, ferner das Festhalten und Verleihen von Schriften, die derartige Veröffentlichungen enthalten, verboten werden. Man steht auf dem richtigen Standpunkt, daß nur durch Unterdrückung der umfangreichen Wetten über ausländische Rennen unterbunden werden kann. — Wetten über inländische Rennen dürfen nur bei den in Deutschland erlaubten Wettunternehmungen abgeschlossen werden. Auf Grund dieses Ablasses soll dann gegen die Wettvermittler vorgegangen werden.

Das Breslauer Sechstagerrennen. Das bereits an- und abgehaltene Breslauer Sechstagerrennen soll nun doch stattfinden und am 26. Dezember in der Jahrhunderthalle seinen Anfang nehmen. Die zurzeit in Breslau weilenden Rennfahrer sind bei der Behörde persönlich vorstellig geworden, die der Ansicht war, daß ein Fahrer allein sechs Tage lang die Bahn umfahren müßte. Nachdem ihr aber die Art des Rennens klargemacht und der Schaden, den die Rennfahrer in der langen Winterpause durch Nichtgenutzung derartiger Rennen erleiden würden, vorgehalten wurde, hat der Breslauer Magistrat nunmehr seine Zustimmung erteilt.

Kleine Chronik.

Verhafteter Dieb. Nachts gelang es, einen langgesuchten Gauner auf dem Ringerbrüder Bahnhof zu verhaften. Auf seinen öfteren Fahrten, die sich von Frankfurt über Ringerbrück bis Meß ausdehnten, benutzte der Betroffene jede sich ihm bietende Gelegenheit, Diebstähle auszuführen. Auch ein in Ringerbrück i. St. im Wartesaal begangener Diebstahl, bei dem ein französischer Unteroffizier um seine Briefkassette mit 5000 Mark Anhalt erleichtert wurde, findet seine Aufklärung, denn erwiesenermaßen war der Verhaftete der Täter. Der auch von mehreren auswärtigen Gerichten gefuchte Gauner, der nachweislich monatelang „ohne Arbeit“ leben konnte, wurde dem Gerichtsausschuss Koblenz übergeben.

Brandstiftung. In Groh-Ostheim a. M. wurden am Sonntag zu gleicher Zeit neun Scheunen in Brand gesetzt, die sämtlich mit ihren reichen Vorräten niederbrannten. Das Vieh konnte gerettet werden. Da der Brand an neun Stellen zugleich ausbrach, liegt zweifellos Brandstiftung vor.

Zeichen der Zeit. Die Straßaten Jugendlicher, namentlich die Eigentumsverbrecher, haben seit Beginn des Krieges in ganz erschreckendem Maße zugenommen. Während z. B. das Kölner Jugendgericht vor dem Kriege wöchentlich nur eine Sitzung abhielt, und darin etwa 6 bis 8 Sachen behandelte, werden jetzt jede Woche drei Sitzungen abgehalten mit durchschnittlich 15 bis 17 Fällen.

Fahrkartendiebstähle. Auf dem Hauptbahnhof in Duisburg kam man in den letzten Tagen umfangreichen Unterschlagungen in der Fahrkartenausgabe auf die Spur. Bisher sind sieben Personen verhaftet. Es soll sich um Betrügereien beim Verkauf von Fahrkarten handeln, die unter Ausschaltung der Kontrollapparate abgegeben wurden. Der dem Staate zugefügte Schaden beläuft sich in die Hunderttausende, wenn nicht sogar in die Millionen. Die Untersuchung ist in vollem Gange.

Goldschlebung. Den Wählern zufolge wurde auf dem Anhalter Bahnhof eine Goldschlebung angehalten, die sich in einem Güterwagen befand und aus 100 Kilo Gold in Barren bestand. Die Schlebung kam von Sachsig-Halen aus Schweden und war für Baden bestimmt. Die Beschlagnahme wurde von der Staatsanwaltschaft bestätigt. Es handelt sich anscheinend um eine Goldschlebung großen Stils.

Der Reichstag.

Berlin, 25. Nov.

Die Interpellation Trimborn (Ztr.) wegen der politischen Beschimpfung der rheinischen Bevölkerung durch den Direktor der Reichsgeheime von Falkenhahn gelegentlich einer Besprechung im Oberpräsidium in Koblenz wird nach Auskunft der Regierung beantwortet werden, sobald das Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung vorliegt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die

Widmung eines Landes Oberschlesien

(Autonomiegesetz). Hierzu liegt ein Antrag der Unabhängigen vor auf Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung der Neugliederung Deutschlands auf Grund der natürlichen landschaftlichen Zusammenhänge, sowie der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung.

Reichsminister Preussner: Der Tag der Abstimmung naht. Das genaue Datum wissen wir noch nicht, jedenfalls aber im Monat Januar. Deutschland vermag ohne die Koblenzfrage Oberschlesiens nicht auszukommen und die Forderungen des Kohlenabkommens von Spaan nicht zu erfüllen, wenn Oberschlesien von ihm losgerissen wird. Das Deutschland wie Polen alles Mögliche tun, um die Wähler in diesem Sinne zu beeinflussen, ist klar, und es wäre auch nichts dagegen einzuwenden, wenn diese Agitation seitens der Polen mit den zulässigen Mitteln getrieben würde.

Gegen den Terror der Polen müssen wir Einspruch erheben. Auch die Polen haben Oberschlesien eine Autonomie versprochen. Die Oberschlesier aber werden sich daran erinnern, daß sie ihr wirtschaftliches und kulturelles Ausleben Deutschland zu verdanken haben, während Polen mit seiner zusammengewürfelten Bevölkerung bisher noch den Beweis seiner Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiete schuldig geblieben ist. Die Frage der Autonomie ist ein entscheidender Faktor geworden und alle Elemente haben sich in dem vorliegenden Entwurf zusammengefunden. Nicht alle Bedenken sind freilich beseitigt worden. Aber die Sachverständigen, und das sind vor allem die Oberschlesier selbst, haben sich auf den Entwurf geeinigt und selbst die preussische Regierung hat ihre ursprüngliche gegenteilige Ansicht geändert. Ich hoffe, daß seitens der Milierten alles geschehen wird, den Tag der Abstimmung von jeder Beeinträchtigung und jedem Terror verlaufen zu lassen. Um nun irgendwelche Schäden zu vermeiden, da weder eine äußere noch eine innere Anregung zu einer nochmaligen Debatte vorhanden ist, bitte ich, heute jede Debatte zu vermeiden. Ueber das, was uns das Herz bewegt, können wir später sprechen. Wir erwarten von den Oberschlesiern, daß sie in der Frage der Autonomie den Mut nehmen werden, sich für ihre Zugehörigkeit zum Reich auszusprechen.

Abg. Böhm (Dem.) erstattet den Bericht des Ausschusses.

Abg. Schulz-Bromberg (D. Nat.) erklärt, dem Gesetz nicht zustimmen zu können, da seine Partei eine wirtschaftliche Verflechtung Oberschlesiens durch das Reich für unmöglich halte und Oberschlesien gar nicht von Preußen loswolle.

Abg. Hetschel (Ztr.) tritt im Namen Oberschlesiens und seiner Partei um Annahme der Vorlage. Die Annahme ist vaterländische Pflicht. Oberschlesiens Bedürfnisse reichen noch 2000 Jahre. Der ober-schlesische Boden birgt noch andere Schätze: die Geheimnisse der Gemäuer und im Kampf für die Ehre. Wir können und diese sollen eine Mahnung sein, daß wir zusammengehören im gemeinsamen Vaterlande.

Abg. Olonsky (Soz.): Der Arbeiterschaft und meiner Partei ist es schwer geworden, den Autonomieplan anzunehmen. Wir haben aber schließlich aus Zweckmäßigkeitsgründen unsere Bedenken fallen gelassen.

Abg. Kardorff (D. Vp.): Ohne Oberschlesien ist eine Erfüllung des Spaan-Abkommens nicht denkbar. Der Verlust Oberschlesiens würde geradezu den wirtschaftlichen Untergang Deutschlands bedeuten. Es fällt uns außerordentlich schwer, die Hand zu bieten zu einer Abtrennung des preussischen Staates, aber es kann nun einmal nicht bestritten werden, daß der Autonomiegedanke in Oberschlesien feste Wurzeln gefaßt hat. Jedenfalls wird dies Gesetz die Abstimmung nicht ungünstig beeinflussen. Deshalb nehmen wir es an.

Abg. Ledebour (U. S.): Wir werden für die Vorlage stimmen, weil sie der Aussicht zu der von uns geforderten Neugliederung des Reiches ist.

Abg. Leicht (Bayr. Vp.) begrüßt die Vorlage, die nicht nur die Einlösung eines Versprechens bedeute, sondern auch im nationalen Interesse liege.

Abg. Lebi (Komm.): Das Gesetz soll ein Agitationsmittel für die Wähler sein. Ob der Entwurf zur Durchführung gelangen wird, steht noch dahin. (Unruhe und Widerspruch.)

Abg. Graf Bernstorff (Welfe) begrüßt die Vorlage als einen Schritt auf dem Wege zur Neugestaltung des Reiches auf der Grundlage des Stammeszugehörigkeit und erklärt, daß seine Partei die Vorlage des Vaterlandes für ihre Zwecke nicht anerkennen werde.

Der Entwurf wird darauf in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Desgleichen wird auch, da kein Widerspruch erfolgt, die dritte Lesung erledigt.

Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt. Freitag mittag 1 Uhr Anfragen, Interpellationen, darunter die über den Berliner Elektrizitätsstreik, Anträge. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Berlin, 26. Nov.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Becker-Hessen (Dnat. Vp.) betr. Gefährdung und Behinderung der Rheinschifffahrt durch das Ringer Loch erteilt Ministerialdirektor Ottmann: Dieser Umstand sei der Regierung bekannt. Die Vorarbeiten für eine Regulierung seien im Gange und ein Projekt sei bereits ausgearbeitet. Eine endgültige Realisierung werde sich aber erst nach dem Uebereinstimmen der Wasserstraßen auf das Reich, also nach dem 1. April 1921, durchführen lassen. Wir können dann darauf rechnen, daß nach etwa 3 Jahren die Herstellung einer einwandfreien Fahrtrasse gewährleistet sei.

Nach Erledigung einer Reihe von weiteren Anfragen begründet Abg. Berndt (D. Vp.) die deutschnationalen Interpellationen wegen des

Berliner Elektrizitätsstreik.

Die Berliner Stadtverwaltung hat sich energielos erweisen und die Regierung hat, statt zu handeln, sich auf Verhandlungen eingelassen. Darum hat man die verpöbte einberufene Nothilfe wieder fortgeschickt. Die Bevölkerung wünscht Auflösung der Reichsregierung darüber, daß solche Vorkommnisse für die Zukunft sich nicht wiederholen.

Reichsminister Koch verliest eine Regierungserklärung, in welcher der wilde Charakter des Streikes betont, die schweren Folgen für Krankenhäuser etc., die Gefährdung von Häusern und die zahlreichen Eisenbahnfälle erwähnt werden. Als die Stadtverwaltung nicht einschränkt, hat sich die Reichsregierung in Verbindung mit der preussischen auf Grund des Artikels 48 der Verfassung außerordentliche Vollmachten ausstellen lassen. Die technische Nothilfe wird in Verbindung mit den freien und christlichen Gewerkschaften ausgearbeitet werden. Ein Schlichtungsausschuss ist in Vorbereitung und wird an die Stelle der Schlichtungsordnung treten. Man muß wieder zur Stille der Arbeit und Ordnung werden, damit das Vertrauen ganz Deutschlands und des Auslandes wiederkehrt. Wir werden es mit starker Hand (Hoh!) verbinden, daß eine Handvoll Unruhestifter auf der äußersten Linken die Wiederkehr von Ruhe und Ordnung fördern will. (Bravo rechts, Unruhe und Lärm links.)

Abg. Hartleb (Soz.): War der Rapp-Putsch ein Verbrechen am Volke, so gilt das ebenbürtig von dem Berliner Streik. Aber die Deutschnationalen haben keinen Anlaß, hier den Mund aufzureißen. Daß die Arbeiterschaft allmählich wieder zum Pflichtbewusstsein kommt, ist erfreulich. Der Redner setzt sich dann mit der äußersten Linken auseinander, die einen Verrat an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung begangen habe.

Abg. Dr. Fleischer (Ztr.): Wir sind mit den Erklärungen des Ministers einverstanden und billigen das Vorgehen der Regierung bei der Beilegung des Streiks. Selbstverständlich lagen dem Streik revolutionäre Gründe zugrunde. Die Sozialisierung ist kein Heilmittel gegen die Schäden der Zeit; denn dieser Streik brach in einem sozialisierten Betriebe gegen einen sozialistischen Arbeitgeber, nämlich den Berliner Magistrat aus. Der Weg durch das Chaos führt nicht zum kommunistischen Paradies, sondern zum grenzenlosen Elend der Arbeiterschaft. Dagegen hilft nur Aufklärung und Stärkung des Verantwortlichkeitsgefühls der Führung der Massen. Die Gewerkschaften müssen durch eine christliche Lebensauffassung gesichert werden.

Abg. Schirmer (Bayr. Vp.): Streiks in gemeinnützigen Betrieben sollten ganz vermieden werden, außer aus ganz zwingenden Gründen. Die Regierung müsse auf ihr Standpunkt beharren.

Abg. Brühl (U. S.): Ein allgemeiner Streik hätte nur dazu beitragen können, die junge Freiheit Berlins auf das schlimmste zu gefährden, wie auch die Reden der Vertreter der Bürgerlichen und des Ministers klar erkennen lassen. Darum fort mit solchen Schwärmern, die noch heute mit einem neuen Streik drohen.

Abg. Ziegler (Dem.): Wir protestieren dagegen, daß einige Radikalisten wie Sult und Genossen die Arbeitsebewegung verschimpften und auf den Hund bringen. Die Schlichtungsordnung muß sofort kommen. Die technische Nothilfe darf in wirtschaftlichen Kämpfen nicht Partei ergreifen. Hier müssen bestimmte Garantien gegeben werden.

Das Haus vertagt dann die Weiterberatung auf Samstag vormittag 11 Uhr. Die Abstimmung über die Anträge findet am Dienstag statt. — Schluß 7 Uhr.

Aus dem Hauptausschuß.

Berlin. Der Hauptausschuß des Reichstages beschloß zur Beschleunigung der Beratungen die Einführung einer Sperrzeit für Reden von zehn Minuten.

Für Tagesgeschichte.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 26. Nov.

Die Sitzung wird um 11 Uhr vormittags eröffnet. Zur dritten Beratung steht der Entwurf der preussischen Verfassung.

Bei Paragraph 36 wird die Bestimmung, wonach die Ausübung der Wahlrechte für die Soldaten während der Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Wehrmacht ruht, gestrichen.

Die Institution des Staatspräsidenten wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt.

Zu dem Abschnitt „Staatsrecht“ wird gegen die Sozialdemokraten ein Antrag Porck (Ztr.) angenommen, der sich mit Anträgen der Rechten deckt und wonach niemand gleichzeitig Mitglied des Landtages und des Staatstages sein darf.

Mit Ausnahme der Übergangsbestimmungen und der Schlußbestimmungen, die am Dienstag erledigt werden sollen, wird die Verfassung angenommen. Es bleibt außer den oben erwähnten Änderungen im wesentlichen bei den Beschlüssen der zweiten Lesung.

Oberschlesiens Autonomie.

Die Meldung von der Annahme des Autonomiegesetzes wurde in Oberschlesien durch Extrablätter verbreitet. Die deutschen Oberschlesischen Morgenzeitungen äußern übereinstimmend ihre Freude über die Annahme des Gesetzes und sehen in dem Gesetz das wichtigste Mittel zum Siege in der bevorstehenden Abstimmung. Die „Vollstimme“, das Organ der katholischen Volkspartei, schreibt, daß dieses Ergebnis ein Wendepunkt in der Geschichte Oberschlesiens sei. Welche Fülle von Macht und neuen Rechten das ober-schlesische Volk erhalte, werde es erst in ruhigen Zeiten empfinden. Die deutschnationalen „Oberschlesische Morgenzeitung“ schreibt: Dieser Schritt zur Lösung Oberschlesiens von Preußen ist Preußen schwer gefallen. Wir sind der festen Überzeugung, daß das Deutschum in Oberschlesien in dem bevorstehenden Abstimmungskampf siegreich aus der Wahlurne hervorgehen wird.

Die Dieselmotoren.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, bezieht die deutsche Regierung eine Antwort auf die Note der Bolschewistenkonferenz in der Angelegenheit der Dieselmotoren vor. Die Note soll in einigen Tagen abgehen. Es haben bereits eingehende Besprechungen zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Wirtschaftsministerium und der Industrie darüber stattgefunden. Bekannt ist, hatte die Bolschewistenkonferenz den Standpunkt eingenommen, daß für die Ueberführung der 11-Boot-Dieselmotoren in die deutsche Industrie eine Frist bis 31. März 1921 gesetzt

werde. Es ist nach den Informationen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ anzunehmen, daß sich die deutsche Antwortnote mit diesem Zugeständnis zufrieden geben werde.

Die bolschewistischen Lehrer.

Die bayerische Regierung räumt mit den bolschewistischen Jugendzählern seit einiger Zeit auf. Ritsch und eine Reihe anderer Lehrer sind aus dem Schuldienst entlassen und zum Teil in Haft genommen worden. Nun ist auch gegen den Gymnasialprofessor Maier in München ein Disziplinarverfahren eingeleitet, da er sich in der Schule bauernd radikal-sozialistischer Propaganda befleißigt. Er wurde einstweilen vom Dienst dispensiert. Auch sein Bruder, der Hauptlehrer in Michelsburg ist, ist schon seit mehreren Tagen wegen der gleichen heftigen Tätigkeit vom Dienst suspendiert.

Das neue Heer.

Abstrich von 65 Millionen.

Im Hauptausschuß des Reichstages sagte Minister Dr. Gehler in der fortgesetzten Beratung des Reichswehrgesetzes zu, daß für den Abstrich von 65 Millionen der Unterrichtsmöglichkeiten in etatsmäßigen Stellen untergebracht werden. Auch die Anstellungsbedingungen der Reichswehrsoldaten, die jetzt nach den Mitteilungen des Abg. Brühnighaus recht rigoros sein sollen, sollen revidiert werden. Die Kosten für Unterricht und Bildung wurden bewilligt, ebenso die Fürsorgekosten während der Dienstzeit und bei Entlassung der Reichswehrangehörigen; schließlich auch ein sozialdemokratischer Antrag, von der Gesamtsumme der Kosten für Waffen, Munition und Heeresarzt in Höhe von rund 256 Millionen die Summe von 65 Millionen zu streichen. Für diesen Antrag, dessen Annahme am Reichstagesabend große Bewegung erregte, stimmten außer den Sozialdemokraten die Unabhängigen und das Zentrum. Minister Gehler erklärte darauf, daß dieser Beschluß die Heeresverwaltung in die größte Schwierigkeit bringen könne, da der Hauptteil der angeforderten Gelder nicht für die Anschaffung von Munition, sondern für die unentbehrlichen Instandhaltungsbearbeiten bestimmt sei und einen ganzen Jahresbetrag darstelle.

Kleine Meldungen.

Dresden. Nach einer Mitteilung des Landespreises wandern gewaltige Mengen frischen Fleisches in Sachsen gegenwärtig in die Geflügelhöfe, da sie wegen des hohen Preises keine Abnehmer finden.

München. Das bayerische Staatsministerium hat den bayerischen Gesandten in Berlin beauftragt, beim Reichswehrministerium mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die vier Heeresanwaltschaften beim Bezirkskommando 7 durch bayerische richterliche Inspektoren ersetzt werden und Einspruch gegen die abschließende Durchrechnung des Landmannschaftlichen Grundbesitzes zu erheben.

Stockholm. Wie aus Helsinki gemeldet wird, hat die Sowjetregierung durch eine eigene hierzu geschaffene Organisation die Mobilisierung aller Frauen Russlands zur Anfertigung von Leibwäsche für die Soldaten angeordnet.

Washington. Der republikanische Senator France erklärte, er werde beim Wiederzukommen des Senats einen Antrag zu Gunsten der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Russland stellen, ohne jedoch die Anerkennung der Sowjetregierung zu befechtigen.

Von der Bolschewistenfront.

Bolschewistische Erfolge.

Nach einem Moskauer Heeresbericht haben die Sowjettruppen, die gegen Polachowski kämpften, bereits 50 Kilometer westlich von Moskau Polachowski bei neuen Hauptstützen auf dem linken Brip'euser umzingelt.

Ein Moskauer Funkpruch meldet: Rötlich von Moskau haben die von uns verfolgten Überreste der Armee Polachowski die Appa überschritten und fliehen nach Westen. In den Kämpfen gegen Weikura haben wir 12 000 Gefangene gemacht und 20 Panzerwagen, 25 Geschütze und 60 Maschinengewehre erbeutet.

Handel und Verkehr.

Das Weltpostporto. Wie aus Madrid gemeldet wird, hat der internationale Postkongress einstimmig den Beschluß gefaßt, die Gebühren für Postsendungen im Weltpostverkehr zu verdoppeln; es werden demzufolge Druckfachen künftig 10 statt 5 Cents (je 50 Gr.), Postkarten 20 statt 10 Cents und Briefe 50 statt 25 Cents kosten (je 20 Gramm). Den Ländern mit vorübergehend schlechter Währung bleibt es überlassen, die Umrechnung in (Schweizer) Centimes auf andere Grundlage als der gegenwärtigen Wechselkurse vorzunehmen; mindestens soll aber der Auslandsbrief das Doppelte des Auslandsbriefes kosten. Die neuen Sätze sollen gleichmäßig in allen dem Weltpostverein angeschlossenen Ländern mit dem 1. Februar 1921 in Kraft treten. Ein Brief von Deutschland nach der Schweiz wird aller Voraussicht nach vom 1. Februar 1921 an 2 Mk. kosten. In der Tschechoslowakei kostet er heute schon 1 Krone 25 Heller.

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, den 29. November 1920.

Deutsche Kinderhilfe.

Berlin, 23. November. Die Hilfsrufe für die deutsche Kinderwelt, die in den weitesten Schichten unter der Roten Zeit einer speisepflichten geistigen und körperlichen Verwahrlosung anheimgegeben ist, erschallen nicht zum erstenmal. Aber jetzt gedenkt die „Deutsche Kinderhilfe, Volksammlung für das notleidende Kind“ ihren Ruf mit aller Eindringlichkeit und mit Hilfe einer groß angelegten Organisation Gehör zu verschaffen. Es handelt sich dabei um die Zusammenfassung der privaten Fürsorgeunternehmungen aller politischen Richtungen und aller Konfessionen. Am nächsten Sonntag wird von allen Kanzeln für die geplante große Volksammlung gesprochen werden. Die Organisation gliedert sich in Provinzial- und Ortsausschüsse. Die Oberpräsidenten sind gebeten worden, die Bildung der Ausschüsse zu unterstützen, jedoch ist die stimmberechtigte Beteiligung amtlicher Stellen an den Ausschüssen nicht erwünscht, da die Sammlung nur privaten Charakter trägt. Heute Nachmittag wurde nun die Eröffnung der „Volksversammlung für das notleidende Kind“ durch einen Empfang beim Reichspräsidenten eingeleitet. Dagegen waren erschienen die Mitglieder des Reichskabinetts, die Spitzen

5%

Rabatt.

Modehaus Löwenberg, Limburg.

Um meiner werten Kundschaft zum Weihnachts-Einkauf besondere Vorteile zu bieten, gewähre ich vom **27. November bis 12. Dezember** auf alle Waren nebenstehenden Rabatt,

Streng feste
Preise

Modehaus Löwenberg, Limburg.

Anerkannt beste
Qualitäten

5%

Rabatt.

der Behörden und Gesellschaften, Männer der Wissenschaft und der Presse. Durch eine Filmvorführung wurden Stichproben aus dem Elend der jüngsten Generation gegeben. Die bildliche Verdeutlichung der Statistik wirkte geradezu grauerregend. Die Verkümmern eines ganzen Geschlechts, das die Zukunft unseres Volkes bilden soll, wirkt wie der Anblick einer Divisektion, um den furchterlichen Vernichtungsprozess im eigenen Volke klar darzutun. Wie viele Ausländer, deren doch fast nie Gelegenheit gegeben ist, durch die oberflächlichen Eindrücke eines geschäftlich erraffenden und wieder verpflanzenden Schiebertums durchzublicken in die Abgründe der Not, wie sie die große Masse des Mittelstandes und der Arbeiterschaft leidet, haben eine Ahnung davon? Aber auch wie viele Volksgenossen, denen ein glücklicheres Dasein noch gegönnt ist, haben einen Begriff von dem hauptsächlich in den Großstädten herrschenden Elend? Der Ruf der Volkskammerung ergeht an die Gesamtheit des deutschen Volkes, während deutsche Unterhändler in Paris sich darum wehren, daß uns die für die Deckung der größten Not noch verbliebenen Witzhüte nicht genommen werden. Der Reichspräsident hielt nach der Filmvorführung folgende Ansprache:

Das harte Schicksal unsers Landes lastet naturgemäß am schwersten auf den schwächsten Säulern. Jahrelange Unterernährung, der noch fortdauernde Mangel an unentbehrlicher Nahrung, ungenügende Kleidung und Erwärmung haben besonders bei unsern Kindern ein Elend gezeitigt, das nach gründlicher Prüfung anerkannter Sozialpolitiker aller Richtungen unser ganzes Volksleben ernstlich bedroht. Ein französischer Arbeiter, der kürzlich das Ruhrgebiet besuchte, gab nach seiner Rückkehr eine ergreifende Schilderung von dem elenden Zustand der Kinder; die gesamte jüngere Generation sei unterernährt, es fehle am Notwendigsten, namentlich an Nahrung. Wie im Ruhrgebiet, teils noch schlimmer, geht es in vielen anderen Gebieten unsers Vaterlands. Schon lange ist deshalb bei uns eine angestrenzte Wohlfahrtsarbeit an den Kindern geleistet worden. Wenn diese Arbeit sich auch mehr im Stillen vollzog, so haben durch Hilfsbereitschaft unserer Landbevölkerung und durch selbstlose und unermüdete Tätigkeit weiter Kreise doch Hunderttausende von Kindern Kräftigung ihrer Gesundheit aus unseren eigenen Hilfsquellen heraus finden können. Das verdient volle Anerkennung. Vor allem aber gebühren warme Anerkennung und herzlicher Dank dem ausländischen Hilfswerk. Aus Skandinavien, der Schweiz, den Niederlanden und im größeren Umfang aus Amerika sind uns für unsere Kinder nicht nur reichlich Liebesgaben zugegangen, sondern es sind Vertreter dieser Völker auch bemüht, sich persönlich von der traurigen Lage der Kinder in den Großstädten, in den Industriebezirken, im Erzgebirge zu unterrichten und mit bewundernswürdiger Hingabe tätige Hand an das Rettungswerk zu legen. Wir in Deutschland verfügen leider selbst nur über schwache Hilfsmittel. Gleichwohl kann und muß von uns mehr als bisher geschehen. Die entschlossene Not unserer Kinder macht uns allen zur Pflicht, für diese wichtige und große Aufgabe unser Bestes einzusetzen. Diesen Zweck soll die nunmehr eröffnete Volkskammerung für das notleidende Kind dienen. Zu der „Deutschen Kinderhilfe“ haben sich Wohlfahrtsorganisationen aller Richtungen vereinigt, um das Liebeswerk an den Kindern einheitlich zusammenzufassen und auf breiter sozialer Grundlage aufzubauen. Die Reichs- und Landesregierungen begrüßen die Deutsche Kinderhilfe als das Werk freier Liebestätigkeit und lassen ihr alle Förderung zuteil werden. Sie haben bisher auf diesem Gebiet geleistet, was in ihren Kräften stand. Angesichts der großen Notlage müssen nun aber alle Kräfte unseres Volkes zur Selbsthilfe aufgerufen werden. Die Frage, öffentliche oder private Hilfe, ist hier nebensächlich. Entscheidend ist, daß unsern unglücklichen Kindern von allen Seiten und mit allen Mitteln schnell und tatkräftig geholfen wird. Unser ganzes Vaterland muß hier einmütig zusammenstehen. Es handelt sich um unser köstlichstes Gut, um unsere Jugend und Zukunft!

Die Einzeichnungslisten liegen vom 28. Novbr. bis 12. Dezember in allen öffentlichen Betrieben (Hotels, Gasthäuser, Geschäftshäuser usw.) offen. Sollte irgend Jemand von den Sammlerinnen übersehen worden sein, ist es immer noch ermöglicht, Beiträge in diese Listen oder bei den Vorstandsmitgliedern des Vaterländischen Frauenvereins zu zeichnen.

Konzert. Wegen den ungünstigen Saalverhältnissen findet das diesjährige Weihnachtskonzert des M. G. V. „Liederkränz“ am 9. Januar im Hotel „Bellevue“ statt. Weiter ist beabsichtigt, Ende Januar oder Anfang Februar ein Konzert zu veranstalten, dessen Reinertrag einen Beitrag für die zu errichtende Ehrentafel für unsere gefallenen Helden bilden soll.

Silberne Hochzeit. Die Eheleute Anton Wolf begeben am 30. November das Fest der silbernen Hochzeit.

Betriebsrätekursus. Der Kreisvorstand der Unabh. Soz. Partei Deutschlands vom Unterlahnkreis veranstaltet für Nassau und Umgegend einen Betriebsrätekursus. Letzterer soll in vier Vorträgen das Sozialisierungsproblem behandeln. Da zur Zeit dieses Besatz den Reichstag beschäftigt, wird allen Arbeitern und Interessenten Gelegenheit geboten, sich darüber zu unterrichten und Aufklärung zu verschaffen. Für Betriebsräte und Vertrauensleute wird der Kursus von besonderer Wichtigkeit sein. Dieses wichtige Problem wird nicht von parteipolitischen, sondern vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus behandelt werden. Vorausichtlich wird den 1. Vortrag Gen. Dr. Einstein von Frankfurt am 5. Dezember, nachm. 3 Uhr in den oberen Räumen der Gastwirtschaft „Nassauer Hof“ (Inh. E. Scheuer) halten. Die Kosten belaufen sich für sämtliche Vorträge auf 3 Mark, und einen einzelnen auf 1 Mark. Um rege Beteiligung bittet der Kreisvorstand. Auf das Inserat in heutiger Nummer wird hiermit aufmerksam gemacht.

D. Nr. 738.

Diez, den 22. November 1920.

An die Ortspolizeibehörden in den Städten Diez, Nassau, Bad Ems und der Landgemeinde Frendelitz.

Der mit Bekanntmachung D. Nr. 437 vom 23. August d. J. veröffentlichte Zusatz des Oberkommandos der Rheinarmee zur Verordnung betr. Anbringung von Preisen an den zum Verkauf ausgestellten Waren ist wie folgt geändert: „Gemäß den Vorschriften des Art. 9 b, § 1 befiehlt der Oberbefehlshaber der Rheinarmee folgendes: In allen Orten mit französischer Garnison oder Sitz eines Delegierten der Hohen Kommission müssen die Preise aller zum Verkauf ausgestellten Gegenstände und Waren des täglichen Bedarfs sichtbar angebracht werden.“

Mit der Ausführung dieser Verordnung, sind die Herren Ortskommandanten betraut worden.

Ich erlaube um sofortige ortsübliche Bekanntmachung.
Der Landrat J. B.: Scheuern.

J. Nr. 14 536 2.

Diez, den 23. November 1920.

Bekanntmachung.

Zum Standesbeamten für den aus den Gemeinden Nassau, Bergnassau-Scheuern, Dienehal, Homburg, Miffelberg, Oberhof und Sulzbach bestehenden Standesamtsbezirk Nassau anstelle des aus dem Amte ausgeschiedenen Bürgermeister Hajencleber ist vom Herrn Regierungspräsidenten der neue Bürgermeister Dr. Schöfelin in Nassau bestellt worden.

Gn.-R. 8/32.

Bekanntmachung.

In das Genossenschaftsregister ist bei der Genossenschaft **Weidegenossenschaft, e. G. m. b. H., Schweighausen** (Nr. 8 des Registers) am 26. November 1920 Folgendes eingetragen worden:

In der Generalversammlung vom 22. August 1920 wurde als Veröffentlichungsorgan das Nassauische Genossenschaftsblatt in Wiesbaden bestimmt.

Nassau, den 29. November 1920.

Amtsgericht.

Nachrichten des Wirtschaftsamt der Stadt Nassau

Zucker.

Auf Abschnitt 2 der Kreiszuckerkarte können ab Dienstag, 30. November, in den hiesigen Kolonialwarenhandlungen

750 Gramm Zucker

entnommen werden. Preis pro Pfd. Mk. 3,60. Entnahme hat wegen des Abrechnungsverfahrens bis 17. Dezember zu erfolgen.

Konferenzen.

Um einem für die nächsten Wochen vorausgesagtem Mangel an Fleisch und Wurst vorzubeugen, hat die Stadtverwaltung nachstehende Waren eingekauft, welche zu den beigesetzten Preisen in den Metzgereien Chr. Schulz, Geschwister Huth und Blank kartensfrei verkauft werden:

Cornedbeef in 3 Klg.-Dosen a Klg. Mk. 23,-

im Abschnitt a Klg. Mk. 26,-

Blutwurst in 1 Klg.-Dosen a Klg. 23,-

Leberwurst in 1 Klg.-Dosen a Klg. Mk. 18,-

Rindfleisch in 1 Klg.-Dosen a Klg. Mk. 17,-

Da größerer Vorrat nicht besteht, wird baldige Eindeckung empfohlen. Wegen Auflösung der Reichsfleischstelle wird eine spätere Zuweisung in Frage kommen.

Düngemittel.

Am Dienstag, 30. November, vorm. 11 Uhr, letzte Ausgabe von Thomasmehl im Rathaushofe.

Hafer.

Haferbezugscheine sind eingegangen und werden am Dienstag, den 30. November im Rathaus, Zimmer 1, ausgegeben.

Schmalz.

In den Metzgereien Chr. Schulz, Karl Blank, Peter Hammerstein, Ludwig Huth u. Geschwister Huth ist Schweineschmalz kartensfrei erhältlich. Preis 20 Mk. pro Pfund. Papier mitbringen.

Samst.

Von der glücklich erfolgten Geburt eines gesunden prächtigen Jungen geben wir hoch erfreut Kenntnis.

Bad Nassau (Lahn), den 25. Nov. 1920.

Obernhoferstraße 40.

Karl Signer und Frau,

Mathilde, geb. Hoffhoff.

Ev. Kirche zu Nassau

Dienstag, 30. Nov., 8 Uhr abends: Jungfrauenverein.
Mittwoch, 1. Dez., abends 8 Uhr: Rel. Besprechungsabend für die konfirmierte männl. Jugend.

Donnerstag, 2. Dez., abends 7½ Uhr: Vorbereitung zum Kindergottesdienst.

Abends 8½ Uhr: Rel. Besprechungsabend f. d. Gemeinde. Alle Beratungen finden in der Kleinkinderschule (Grabenstr.) statt.

Freitag, 3. Dez., 8½ Uhr abends: Rel. Besprechungsabend in Scheuern (Gemeindezimmer). Gesangbücher und Neues Testament mitbringen!

Dankjagung.

Allen denen, die uns beim Hinscheiden unserer lieben Verstorbenen ihre herzliche Teilnahme bewiesen haben, insbesondere Herrn Pfarrer König für seine trostreichen Worte am Grabe, sowie für die vielen Kranzspenden sagen wir herzlichen Dank. Besonderen Dank auch Schwester Luzie aus Nassau für ihre liebevolle Pflege und hilfsbereite Unterstützung.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Karl Schmidt

Schweighäuser-Mühle, den 26. Nov. 1920.

Beamtenverein. Dienstag 3 Uhr Fischausgabe und Nachbestellung auf Weihnachtsherzen und Anmeldungen auf grünen Boll- und Bruchreis. Kleingeld mitbringen.

Betriebsräte, Vertrauensleute, Arbeiter, Interessenten.

Betriebsrätekursus.

Die Unabh. Soz. Partei Deutschlands hält für Nassau und Umgegend einen Betriebsrätekursus ab mit folgenden Themen:

1. Kapitalistische oder sozialistische Wirtschaft,
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues,
3. Gründe der Wirtschaftskrise,
4. Die Aufgabe der Betriebsräte beim Wiederaufbau des Wirtschaftslebens.

Da zur Zeit das Sozialisierungsproblem den Reichstag beschäftigt, werden diese Vorträge von besonderer Wichtigkeit sein. Dieselben finden am

5. und 19. Dezember, 2. und 16. Januar

statt. Alle weiteren Mitteilungen erfolgen durch die Zeitung.

Der Kreisvorstand

der Unabh. Soz. Partei.

Kaufhaus J. Schmidt

BAD EMS

empfiehlt für den Weihnachtstisch:

Jackenkleider

Mantelkleider

Mäntel, Paletots

Kinderkleider

Kostümröcke

Unterröcke

Blusen

Sportjacken

Damen-Schürzen

Kinder Schürzen

Damen-Wäsche

Kinder-Wäsche

Bett- u. Tischwäsche

Herren-Wäsche

Kravatten

Unterzeuge

Anzugstoffe

Kostüme

Kleiderstoffe

Seidenstoffe

Blusenstoffe

Flanelle

Hemdenbiber

Bettzeuge, Damaste

Hemdentuche

Strickjacken in Walle und Seide

Woll. Damen-Westen

Rodelgarnituren

Schultertücher

Gamaschen

Damen- u. Kinderstrümpfe

Handschuhe

Damen- u. Kindermützen

Erydetifon

klebt, leimt, kittet alles wieder erhältlich in der Drogerie Trombetta.

Gummischläuche

(rot) eingetroffen Drogerie Trombetta.

Stoggen- und

Haferstroh

gibt fuhrweise ab Sal. Hofmann.

Buchfrau

für die Reinigung der Büroräume gesucht. Landesbankstelle Nassau.

Medizinal-

Leberthran

empfiehlt Drogerie Trombetta.

Schwarzer Ofenlack

empfiehlt Drogerie Trombetta.

Vereinsnachrichten.

M. G. V. „Liederkränz“. Donnerstag abend 7 Uhr: Gesangstunde im Vereinslok. Volzhäusliches Erntedankfest.

Turn-Verein Bergnassau-Scheuern. Mittwoch und Freitag ab 8,30 Uhr: Turnstunde.

Turngemeinde Nassau. Jeden Dienstag und Freitag abend Turnstunde.

Kleine Chronik.

Fortschreitende Trockenheit. Infolge der neuerlichen Trockenperiode beginnen die Gebirgsbäche und Flüsse immer mehr einzutrocknen. Im Schwarzwalde sind mehrere hochgelegene Dörfer seit Tagen ohne Wasser. Die Wasserstände des Rheins und des Neckars sind beispiellos niedrig. Bei der Schutterinsel liegt der Rheinpegel 35 Zentimeter. Bei Mannheim 1,65 und bei Heilbronn der Neckarpegel 17 Zentimeter.

Großer Diebstahl. Bei einem Einbruch in München in die Wohnung eines vertriebenen Obersten a. D. im September wurden Teppiche und Silberzeug sowie kostbare Schmuckstücke im Werte von einer Million gestohlen. Vier Täter, darunter eine Witwe, die bei dem Obersten zwangsweise eingewiesen war, wurden verhaftet. Ein Teil der Beute, die nach Berlin verschoben worden war, wurde wieder herbeigeschafft.

Kirchenraub. In Wehlart drangen Einbrecher in das Chor des Domes ein und raubten acht silberne Leuchter, den Christuskörper des Altartreuzes, erbrachen den Tabernakel und nahmen die Hostie mit dem Allerheiligsten mit. Die gestohlenen Gegenstände stellen einen beträchtlichen Wert dar. Der Christuskörper war eine feine Silberleinwand. Bis jetzt fehlt von den Dieben jede Spur.

Burg Elz. Aus Koblenz wird berichtet: Infolge der Frostwitterung hatte man in den letzten Wochen eine größere Anzahl Arbeiter zu den Aufräumarbeiten auf der Burg Elz herangezogen, um die notwendigen Abdeckungsarbeiten und Schutzvorrichtungen nach vor Eintritt des Winteranfangs vorgenommen zu haben. Nun sind die Arbeiten so weit beendet, daß die Burg Elz wieder besichtigt werden kann.

Der Glodenport des Kriegsgewinners. In Hans Reimanns „Drachen“ lesen wir: In dem Industrie-dorfe Auerbach im Erzgebirge hatte kürzlich ein Fabrikbesitzer ein Scherlein seines Kriegsgewinns ausgeben, um seiner armen Gemeinde neue Kirchenglocken zu schenken. Die Glocken waren feierlich empfangen, feierlich geweiht und eingeläutet worden. Eines schönen Nachmittags im Oktober klangen die Glocken so feierlich an, als wäre der Ostermorgen angebrochen. Hochzeit? Taufe? Begräbnis? Nichts von alledem. Die Glocken verraten endlich der neugierig aufstehenden Gemeinde, sie hätten auf persönlichen Wunsch des Säckers ihres Amtes walten müssen. Und das Dienstmädchen des Wohlthäters plaudert aus: Tante Lina wäre zu Besuch gekommen und da habe er ihr nur einmal seine Glocken vorführen wollen. Tags darauf treffen Tante Emma und Vater Ludwig ein, und als Nachts gibt es wiederum Glöckengeläute. Weil Säckler seiner Glöcke das „Viva voco!“ vorangestellt hat, ruft der erste Glöckner nach und nach seine gesamte lebendige Verwandtschaft zusammen — man ist im Meilenkreise ringsum genau über die Besuche in der Villa des Fabrikbesizers unterrichtet, denn wenn unten tief dem Erdensohne die Eisenbahn Verwandtschaft bringt, das schlägt an die metallene Krone, die es erbauulich weiterlingt.

Warnung. In letzter Zeit ist in verschiedenen Nachbarküchen eine Schwindlerin in Privathäusern erschienen und hat erklärt, sie sei beauftragt, zwei Gläser Kognat abzugeben, die der Ehemann bestellt hätte. Sie erhalte 70 Mark. In mehreren Fällen habe sie Erfolg. In den Gläsern war trübes Wasser. Es ist nicht auszuschließen, daß die Betrügerin auch bei uns auftreten wird, es sei deshalb vor ihr gewarnt.

Jüderverfolgung. Von halbamtlicher Seite wird folgender Bericht verbreitet: Es ist damit zu rechnen, daß von Dezember ab die frühere Jüdertration wieder ohne Mordungen ausgegeben werden kann. Zu einer vollen Deckung des Inlandsbedarfes, am früheren Friedensverbrauch gemessen, wird allerdings die Jüderzeugung des Wirtschaftsjahres 1920-21 bei weitem nicht ausreichen. Von einer Einführung von Auslandsjüder soll aber im Hinblick auf den Tiefstand der deutschen Valuta nach Möglichkeit abgesehen werden. Im Kleinverkauf dürfte das Pfund im kommenden Wirtschaftsjahr 1.60-1.80 kosten. Nach dem augenblicklichen Stand der deutschen Währung ist dies ungefähr ein Drittel des Kleinverkaufspreises im Ausland. Die Freigabe der Jüderwirtschaft könnte allenthalben im nächsten Wirtschaftsjahr erfolgen, d. h. erst ab Oktober 1921. (Natürlich die noch existierenden Kriegsgelbesen wollen auch noch leben und sich verforren. D. H.)

Raubmord. Das „Leipziger Tageblatt“ meldet: Im Buchwalde im Bezirk Pankow wurde am dem Bauer Johann Kowinski ein Raubmord verübt. Der oder die Verbrüder haben nach der Tat sein Haus angezündet und unter den Trümmern fand man die Leiche des Ermordeten mit schweren Kopfverletzungen. Kowinski hatte sein Antlitz verkauft und das Geld bei sich zu Hause aufbewahrt, was die Täter gewußt haben mußten. Bei der Tochter des Ermordeten raubten Einbrecher vor einigen Tagen 40 000 Mark. — Im Norden Berlins, in der Stargarder Straße, wurde die 64jährige Witwe Müller von zwei Einbrechern in ihrer Wohnung überfallen und durch mehrere Messerschläge getötet.

Ausrottung der Affen. Eine Mordverurteilung wird jetzt allmählich die Affen ausrotten. Bekanntlich herrscht in den letzten Jahren eine ungewöhnliche Nachfrage nach „Affenhaut“. Die Folge war und ist leider noch immer eine planmäßige Ausrottung der Affen. An der afrikanischen Goldküste beispielsweise, wo die Räuber noch vor wenigen Jahren von Affen wimmelten, sind sie heute nahezu völlig ausgerottet.

Gerichtszeitung.

Die Breslauer Konsulatsstürmer. Nach zwölfjähriger Verhandlung wurde am Montag in Breslau das Urteil in dem Konsulatsstürmer-Prozess gefällt. Von den 21 Angeklagten wurden fünf freigesprochen, wegen Landfriedensbruch und Plünderung je ein Angeklagter zu 1 Jahr, 9 Monaten, 8 Monaten, 7 Monaten und 5 Monate, 5 Angeklagte zu 5 Monaten und 3 Monaten und 1 Angeklagter zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Gegen einen wurde das Verfahren niedergeschlagen, gegen einen anderen das Verfahren niedergeschlagen. Sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugesprochen. Die Geschworenen beschloßen, einstimmig für alle Verurteilten ein Gnadengesuch bei dem Reichspräsidenten zu bekräftigen. Dem Beschluß schloß sich auch der Gerichtshof an.

Offiziere als Juwelendiebstahl. Eine Tragödie aus dem Leben zweier ehemaliger Offiziere entrollte eine Verhandlung, die das Schwurgericht in Essen beschäftigte. Die Angeklagten sind die Kaufleute Johann Runas aus Deutsch-Ramnis und Karl Rehrfeld aus Rons-

saugen. Ein wideriges Gesicht hat die jungen Leute, Söhne ehrenwerter Eltern, auf die abschüssige Bahn getrieben. Als der Krieg ausbrach, rückten sie von der Schulbank weg ins Feld. Sie bewährten sich untadelhaft und brachten es in Kürze zum Offizier. Als der Krieg, den sie bis zum Schluß mitgemacht hatten, zu Ende war, schrieben sie in Ehren und mit Auszeichnungen geschmückt, heim. Nun begann für sie eine böse Zeit. Der Versailles-Vertrag sah eine wesentliche Verminderung der Reichswehr vor. Für sie als junge Offiziere war dort kein Platz mehr. Sie versuchten ohne Erfolg bei der Sicherheitswehr unterzukommen. Gelernt hatten sie keinen Verlust; und in dieser mißlichen Lage gingen sie unter die Schieber. Sie machten allerhand Schiebergeschäfte und durchqueren nach allen Richtungen die deutschen Gauen. Ihre Gastrolle im rhein-westfäl. Industriegebiet war die letzte und übelste in ihrer Schieberlaufbahn. Am 10. März d. J. kamen sie nach Dortmund. Eines Abends beobachteten sie, wie der Dortmunder Vertreter der Berliner Juwelensirma Glück u. Co. drei Koffer zum Bahnhof schickte. Sie begaben sich nach dem Bahnhof, stellten die Aufgabenummern der Koffer, Reiseziel Gelsenkirchen etc. fest, nahmen einen Gepäckschein, den sie mit allen erforderlichen Eintragungen füllten und führten mit dem gleichen Zuge ebenfalls nach Gelsenkirchen und ließen die drei Koffer durch einen Hotelbedienten auf den gefälschten Gepäckschein abholen und sofort nach Essen weiter aufgeben. Die Bedienten bemerkten die Fälschungen auf dem Schein nicht. Am folgenden Tage fuhr der Koffer nach Essen, holten die Koffer am Essener Hauptbahnhof ab und führten mit ihnen nach Düsseldorf. In einem Düsseldorfer Hotel erbrachen sie mit Brechwerkzeugen die Koffer, die Juwelen, Brillantkolliers, Broschen, goldene Uhren, Ketten, Ringe und andere Wertgegenstände im Gesamtwerte von 700 bis 800 000 Mark enthielten. Den wertvollen Inhalt packten sie in andere Koffer um. Einen von ihnen, der mit Kleinodien im Werte von mehreren hunderttausend Mark angefüllt war, schickten sie bahnlagern nach Berlin, um ihn dort später abzuholen. Sie erhielten auch den Koffer ausgehändigt. Aber als sie ihn in ihrem Hotel öffneten, entdeckten sie zu ihrer nicht geringen Überraschung, daß der ordnungsgemäß verschlossene Koffer wirklichen Plunder enthielt. Und das war so gekommen. Der inzwischen bekannt gewordene große Juwelendiebstahl hatte die Berliner Kriminalpolizei alle Vorsichtsmaßnahmen treffen lassen. Hierbei entdeckte sie auch den verdächtigen Koffer, entleerte ihn, füllte ihn mit wertlosen Gegenständen und ließ ihn auf der Aufbahrungsstelle am Bahnhof stehen, um die Täter beim Abholen abzufassen. Ahnungslos gingen die Diebe in die Falle. Als aber die Kriminalpolizei in dem Hotel erschien, boten sie schweigend die Flucht ergriffen. Die meisten Kleinodien konnten wieder zur Stelle geschafft werden. Die Firmeninhaber in der Verhandlung vor dem Schwurgericht befanden, fehlten nur noch Sachen im Werte von 38 bis 70 000 Mark, die spurlos verschwunden sind. Die Leumundzeugen, z. B. der Regimentskommandeur des Rums, der Verteidiger Rechtsanwalt Stöder, der Regimentsadjutant beim Regiment Runge war, befanden sich durchaus Gutes von beiden, die sehr tadellos gewesen sind. Die Geschworenen billigten den Angeklagten mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf je 10 Monate Gefängnis. S. u. S.

Pfannkuchen. Zutaten: 250 Gr. Mehl, ¼ Päckchen von Dr. Oetker's „Backin“, ¼ Päckchen von Oetker's Eiweißpulver, Salz und Milch. Zubereitung: Das mit dem Eiweißpulver gesiebte und gemischte Mehl rührt man mit der Milch glatt an und salzt nach Geschmack. Kurz vor dem Backen gibt man das „Backin“ hinzu und bäckt die Kuchen in einer Pfanne auf beiden Seiten schön braun.

Gute Rezepte werden honoriert von den Trocknungs- werken Oetker & Co. Bielefeld.

Schokoladenplätzchen. Zutaten: 1 Teelöffel voll Butter oder Fett, 150 Gr. Zucker, 1 Teelöffel voll von Dr. Oetker's Vanillinzucker, 1 Päckchen von Oetker's Eiweißpulver, 250 Gr. Mehl, 1 Teelöffel voll von Oetker's „Backin“, 2-3 Teelöffel voll Kakao, ungefähr 1 Löffel Milch oder Wasser. Zubereitung: Butter, Zucker und Vanillinzucker rührt man schaumig, fügt das Eiweißpulver, den Kakao, das mit dem „Backin“ gemischte und gesiebte Mehl und den Rest der Milch hinzu. Mit einem Teelöffel setzt man kleine Plätzchen auf ein gut gefettetes Blech und backt bei guter Hitze.

Kartoffelsuppen. Zutaten: 500 Gr. Kartoffeln, 2-3 Möhren, ¼ Sellerieknollen, ¼ Päckchen von Oetker's Eiweißpulver, 1 Teelöffel voll Fett, 2-3 Brühwürfel Salz. Zubereitung: Die Möhren und die halbe Sellerieknolle werden sauber gewaschen und mit Wasser und Salz weichgekocht. 500 Gr. frisch gekochte, geschälte Kartoffeln werden durchgeseiht und zur Brühe gegeben. Nun fügt man das Eiweißpulver, Fett und die Brühwürfel hinzu und läßt die Suppe einmal aufwallen.

Vanillenplätzchen. Zutaten: 250 Gr. Mehl, 125 Gr. Butter, 1 Päckchen von Oetker's Vanillinzucker, ¼ von Dr. Oetker's Backin, 5 Eßlöffel voll Milch oder Wasser. Zubereitung: Butter, Zucker und Eiweißpulver werden gut gerührt, dann fügt man Vanillinzucker, das mit dem Backin gemischte Mehl und die Milch hinzu und formt von dem Teig eine große Rolle, die wird einige Stunden kalt gestellt, in Scheiben geschnitten und schnell im heißen Ofen gebacken.

Junge Frauen wird es oft recht schwer bei frischen Kräften zu bleiben, wenn sie als werdende oder stillende Mütter die häuslichen Pflichten auf sich zu nehmen haben. Diese Zeiten bilden den Grundstein für langdauernde

Körperschädigungen. Es ist da an der Zeit, auf ein hervorragendes Kräftigungsmittel hinzuweisen, das unter dem Namen Dr. Oetker's Eiweißnahrung „Urkräft“ bekannt ist. Dieses enthält in hochkonzentrierter Form leichtverdauliches, der Milch entstammendes Eiweiß in glücklicher Verbindung mit anderen für Nerven und Knochenaufbau wichtigen Nährstoffen. „Urkräft“ ist leicht in Suppen und Getränken zu nehmen, ist ärztlich bestens empfohlen und in den Apotheken und Drogerien erhältlich.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Gold	Brief
4	Nass. Landesbank	101,50	101,50
3 1/4	do.	94,—	—
3 1/2	do.	91,—	91,—
3	do.	85,—	—
4	Frankf. Hyp.-Bank	102,20	102,20
3 1/2	do.	89,—	89,—
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	99,60	99,60
3 1/2	do.	85,—	—
5	Deutsche Reichsanleihe	77,50	77,50
4	do.	65,75	65,75
3 1/2	do.	59,—	59,—
3	do.	71,25	71,25
Devisen			
	Frankreich	424	425
	Holland	2157 1/2	2162 1/2
	Schweiz	1064	1107
	New York	70,05	70,25

Einladung

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am **Donnerstag, den 2. Dezember, nachm. 5 Uhr**, im Rathausaal.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Schöngesamtsvorsitzers.
2. Wahl eines Gemeindevorstandes.
3. Weiterverpachtung einer kleinen Parzelle im Bienenpfad.
4. Erhöhung des Preises für Kaufgräber.
5. Betr. Beschaffung von Material für Hilfs- u. Notbauten.
6. sowie von Verkehrsmitteln bei Hochwassernot.
7. Befolgung der Gemeindebeamten.
8. Regelung der Gehaltsbezüge der städt. Büroangestellten.
9. Entschädigung der Beifahrer des Müllabfuhrsamts.
10. Betr. Ergänzung der Wohnungskommission.

Betr. Antrag des sozialdemokratischen Vereins um Abgang von Brennholz an Einwohner zum ermäßigten Preise.

11. Mitteilungen.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung gebeten.

Die Akten liegen am Montag, den 29. und Dienstag, den 30. November, auf dem Rathaus — Sitzungssaal — zur Einsichtnahme offen.

Nassau, den 25. November 1920.

Redenbach, Stadtverordnetenvorsteher.

ZAHN - PRAXIS

Charlotte Kyritz NASSAU Emserstrasse 1..

Sprechstunden jeden Werktag ausser Sonntag
von 9-12 u. 3-6 Uhr

Behandlung von Krankenkassenpatienten

Gewerbeverein.

Die selbständigen Gewerbetreibenden, Handwerker und Landwirte, welche gewonnen sind, der Krankenkasse des Zentralverbandes beizutreten, können sich bis zum 15. Dezember bei unserem Vorsitzenden noch melden.

Der Vorstand.

Paffende Weihnachtsgeschenke sind warme Hausschuhe

in Kamelhaar u. Filz mit und ohne Ledersohle für Herren, Damen u. Kinder

Goldschmidt, Nassau, Kirchstraße.

Bekanntmachung.

Die Ortskommandantur weist erneut darauf hin, daß es verboten ist den farbigen Heeresangehörigen des Tirailleurregiment Wein zu verabfolgen.

Diejenigen Wirte, die dem Verbot zuwider handeln, werden von der Kommandantur mit Schließung ihres Betriebes für die Truppe bestraft.

Nassau, 26. November 1920.

Die Ortskommandantur.

Kranken- und Sterbekasse Nassau a. G.

Generalversammlung

am **Dienstag, 21. Dezbr. 1920, nachm. 3 Uhr**, in der Gastwirtschaft Chr. Schwarz.

Tagesordnung:

Abänderung des § 31 des Vereinsstatuts.
Der Dringlichkeit der Tagesordnung wegen wird um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Unterernährte Kinder und Erwachsene
erholen sich durch den regelmäßigen Gebrauch von
Dr. Oetker's Eiweiß-Nahrung
Urkräft



Herzlich empfohlen.
Verlangen Sie Gratisprobe und Prospekt in den Apotheken und Drogerien.

Als praktisches Weihnachtsgeschenk empfehle ich meine **Damen- und Herren Portemonnaies** (echt Leder), sowie:

echte Briefstaschen zu billigen Preisen.

Ferner offeriere ich 1000 St. sehr **gute Toilettenseife**, pro Stück nur Mk. 4,00.

Albert Rosenthal, Nassau.

Frische Sendung guter **Bretter** erhalten. **Chr. Balzer, Baumaterialienhandlung.**